

Washington News

Handel | Digital | Energie

Juni 2025



Im Fokus



Senat debattiert republikanisches Finanzpaket
 Das republikanisch unterstützte Steuer- und Finanzpaket liegt jetzt dem US-Senat vor, nachdem es im Mai vom Repräsentantenhaus verabschiedet worden war. Das Paket sieht Steuersenkungen für Einzelpersonen und Unternehmen vor. Diese sollen zum Teil durch Ausgabenkürzungen und dem vorzeitigen Ablauf vieler im Inflation Reduction Act festgelegten Steuergutschriften finanziert werden. Laut unabhängiger Kosteneinschätzungen würde der

Gesetzentwurf in den kommenden zehn Jahren etwa 2,4 Billionen US-Dollar zum Haushaltsdefizit hinzufügen.

Ausländische Investoren in den USA könnten im Rahmen des Fiskalpakets mit neuen Steuern konfrontiert werden. Section 899 des Gesetzentwurfs sieht mögliche Vergeltungssteuern für Personen und Unternehmen mit mehrheitlich ausländischer Beteiligung aus Ländern vor, die nach Ansicht des US-Finanzministers extraterritoriale oder diskriminierende Steuern auf US-Personen oder -Unternehmen erhoben haben. Personen und Unternehmen aus Ländern, die eine Unterbesteuerungsregelung (UTPR) oder eine Digitalsteuer einführen, müssen mit Steuererhöhungen von fünf Prozentpunkten pro Jahr rechnen. Die Obergrenze diese Zusatzsteuer liegt bei 20 Prozent über dem gesetzlichen US-Steuersatz.

Die republikanische Mehrheit im Senat will den Gesetzentwurf vor dem Feiertag am 4. Juli zur Abstimmung bringen. Falls der Senat erwartete Änderungen im Text verabschiedet, muss der Entwurf erneut vom Repräsentantenhaus verabschiedet werden, bevor er vom Präsidenten unterzeichnet werden darf. (jm)



Handel

IEEPA-Zölle von zwei US-Bundesgerichten für rechtswidrig erklärt

Am 28. Mai hat der *U.S. Court of International Trade* (CIT) die von Präsident Trump verhängten Reziprozitätszölle, die Migrations-/Fentanyl-Zölle gegen Kanada und Mexiko sowie die Fentanyl-

Gerechtfertigt hatte Trump die zusätzlichen Zölle mit der Notstandsregelung zur Fentanylkrise, Migrationspolitik und den Handelsdefiziten. Er berief sich dabei auf den *International Economic Powers Act von 1977* (IEEPA). Laut CIT ermächtigt IEEPA den Präsidenten nicht zur Einführung unbegrenzter Zölle. Auch die Verwendung von Zöllen zur Verringerung des US-Handelsdefizits und zur Bewältigung der Fentanyl-/Migrationskrise sei gesetzwidrig. Das Gericht gab der US-Bundesregierung zehn Tage Zeit, um die Erhebung der Zölle einzustellen.



Weiter entschied auch der *District Court for the District of Columbia* am 29. Mai, dass der IEEPA den Präsidenten nicht zur Erhebung von Zöllen ermächtigt. Die vom Gericht angeordnete einstweilige Verfügung gegen die Erhebung der Zölle gilt jedoch nur für die beiden Hersteller von Lernspielzeug, die Klage eingereicht hatten. Das Justizministerium hatte darauf gedrängt, alle Fälle, in denen die IEEPA-Zölle von Trump angefochten wurden, an das CIT zu verweisen, das vom Kongress eingerichtet wurde, um Fragen im Zusammenhang mit Zöllen zu klären. Der Bezirksrichter des D.C.-Gerichts Rudolph Contreras argumentierte, dass er frei über den von den Spielzeugherstellern vorgebrachten Fall entscheiden könne, da der IEEPA keine Zölle zulasse.

Das US-Justizministerium kündigte an, gegen beide Urteile Berufung einzulegen. Die US-Regierung erwägt außerdem, den Fall vor den Obersten Gerichtshof (*Supreme Court*) zu bringen. Das Berufungsgericht für den Federal Circuit erließ daraufhin am 29. Mai eine Anordnung, mit der die Entscheidung des CIT vorübergehend ausgesetzt wurde. Am 10. Juni entschied das Berufungsgericht, die IEEPA Zölle sollen zunächst in Kraft bleiben. Weiter heißt es in der Anordnung, dass die Gewährung der Aussetzung nicht bedeute, dass das Gericht dem US-Justizministerium zustimmt und die Zölle für rechtens erklärt. Stattdessen hat das Gericht die praktischen Auswirkungen einer Beibehaltung oder Aufhebung der Zölle während des Berufungsverfahrens geprüft.

Das Berufungsgericht plant, den Fall am 31. Juli zu hören, wobei möglicherweise alle 12 aktiven Richter an der Verhandlung teilnehmen und über die Entscheidung abstimmen werden. Dieser Zeitplan bedeutet, dass die Zölle weiterhin in Kraft bleiben, wenn die Aussetzung der länderspezifischen Gegenzölle am 9. Juli ausläuft.

Das Hin und Her der Gerichtsentscheidungen, einschließlich der Frage zur Zuständigkeit, trägt weiterhin zur Verunsicherung der Wirtschaft bei. Die Entscheidung des CIT hatte viele überrascht. Die Regierung bezeichnete sie als „gerichtliche Übergriffigkeit“ und behauptete, das Urteil gefährde die Verhandlungen mit Handelspartnern. Selbst wenn das Urteil des CIT Bestand hat, könnte die Regierung auf alternative Instrumente wie Section 301, Section 232 oder Section 122 des *Trade Act* von 1974 zurückgreifen (der die Befugnis erteilt, Handelsdefizite mit Zöllen von bis zu 15 Prozent für maximal 150 Tage zu bekämpfen). Das Urteil hat keine Auswirkungen auf die Zölle, die Trump bereits gemäß Section 232 auf Stahl, Aluminium, Autos und Autoteile verhängt hat.

Zölle auf Stahl, Aluminium und Derivate steigen auf 50 Prozent

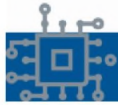
Mit einer neuen Proklamation hat Präsident Trump die Zölle gemäß Section 232 auf Einfuhren von Stahl, Aluminium und deren Folgeprodukte ab dem 4. Juni von 25 auf 50 Prozent erhöht. Diese Erhöhung gilt für alle Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, für das die Zölle bis zum 9. Juli bei 25 Prozent bleiben. Je nach Stand des Economic Prosperity Deal zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich ist dann eine Erhöhung der Zölle möglich. Für Waren, die unter die Kapitel 73 und 76 des HTSUS fallen, gilt der erhöhte Zollsatz nur für den Wert des Stahl- oder Aluminiumanteils. Reziproke Zölle gelten nun für die nicht stahl- oder aluminiumhaltigen Anteile aller Stahl- und Aluminiumartikel und deren Folgeprodukte. Bisher waren Artikel, die den Zöllen gemäß Section 232 unterlagen, von den reziproken Zöllen ausgenommen. In der Proklamation wird auch die Prioritätsreihenfolge neu festgelegt, um eine Zollkumulierung zu verhindern, wenn ein importierter Artikel mehreren Zöllen unterliegt. Gemäß der Proklamation unterliegen Einfuhren, die den 25-prozentigen Zöllen für den Automobilsektor unterliegen, nicht den zusätzlichen Stahl- und Aluminiumzöllen, Artikel,

Recht der Stahl- und Aluminiumzöllen unterliegen, unterliegen wiederum nicht den Zöllen, die aufgrund der Notstandserklärungen gegenüber Mexiko und Kanada eingeführt wurden.

Die am 9. Juni im US-Bundesregister veröffentlichte Proklamation enthält zwei Anlagen mit den betroffenen Produkten. Diese Listen und diejenige veröffentlicht im *Harmonized Tariff Schedule of the United States* (HTSUS) unterscheiden sich von den Listen zu Stahl und Aluminium, die vom Nachrichtendienst der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde am 4. Juni veröffentlicht wurden. Rechtlich sind die Bekanntmachungen im Bundesregister und dem HTSUS maßgebend. In einer Bekanntmachung vom 12. Juni veröffentlichte das Bureau of Industry and Security eine erweiterte Produktliste, die am 16. Juni im Bundesregister publiziert und ab dem 23. Juni in Kraft treten soll. Diese Liste enthält die Produkte, die CBP fälschlicherweise aufgenommen hatte, und fügt ein weiteres Produkt hinzu.

Ausnahmen von den Zöllen gemäß Section 301 verlängert

Das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) hat die Verlängerung der Ausnahmen von den Zöllen gemäß Section 301 für mehrere Waren aus China bekannt gegeben. Dazu gehören Covid-bezogene Produkte und Produkte für die Solarindustrie. Die Ausnahmen sollten ursprünglich am 31. Mai 2025 auslaufen und wurden nun bis zum 31. August 2025 verlängert. (sh)



Digital



USA und China entschärfen gegenseitige Exportkontrollen

Laut Aussagen des US-Wirtschaftsministers Howard Lutnick sollen die USA einige neulich angekündigte Lizenzanforderungen auf chinesische Produkte wie Flugzeugkomponente und *Electronic Design Automation Software* für die Halbleiterproduktion lockern. China soll hingegen neue Einschränkungen auf den Export von kritischen Mineralien in die USA

aufheben. Der neue Entspannungskurs kam nach tagelangen Verhandlungen zwischen hochrangigen Delegationen beider Nationen in London. US-Präsident Trump hat die Vereinbarung in den sozialen Medien angekündigt, weitere Details wurden noch nicht veröffentlicht.

US-AI Safety Institute wird umbenannt, umstrukturiert

Das *US AI Safety Institute* im *National Institute for Standards and Technology* (NIST) soll künftig *Center for AI Standards and Innovation* (CAISI) heißen. US-Wirtschaftsminister Howard Lutnick hat die Umbenennung veranlasst, die mit einer Umorientierung einher gehen soll. CAISI wird die Evaluierung von KI-erzeugten Sicherheitsrisiken fortsetzen, wobei die untersuchten Risiken in nachweislich konkret sicherheitsrelevanten Bereichen liegen sollen, wie beispielsweise biologische Waffen oder Cybersicherheit. Laut Lutnick hätte das vorherige Institut Überregulierung und Zensur im KI-Bereich angetrieben. Das neue Zentrum soll wirtschaftliche Innovationen ermöglichen und beschleunigen. CAISI wird weiterhin mit anderen US-Behörden koordinieren, inklusive der Ministerien für Verteidigung und Energie, der Geheimdienste und dem *Bureau of Industry and Security*.

US-Wirtschaft unterstützt Verbot bundesstaatlicher KI-Regelungen

Gemeinsam mit 200 regionalen US-Handelskammern sprach sich die US Chamber of Commerce für ein bundesweites Verbot neuer KI-Regulierungen einzelner US-Bundesstaaten und Gemeinden aus. Regulierungen würden die Innovation in einer kritischen Technologiebranche verhindern, so die Wirtschaftsvertreter. Das entworfene Moratorium soll für zehn Jahre gelten und wurde bereits vom Repräsentantenhaus als Teil des von den Republikanern geforderten Finanzpakets verabschiedet. Allerdings ist eine Kürzung durch den US-Senat wahrscheinlich, da laut parlamentarischer Regeln Haushaltsgesetze keine Kapitel enthalten dürfen, die nicht haushaltsrelevant sind. Außerdem sehen einige Mitglieder des rechtskonservativen *House Freedom Caucus* das

Moratorium kritisch. (jm)



Energie

US-Regierung schlägt Streichung der Klimaregeln für Kraftwerke vor

Die US-Umweltschutzbehörde EPA veröffentlichte einen neuen Regelvorschlag zur Regulierung von Treibhausgasemissionen von fossilen US-Kraftwerken. Laut EPA sei eine Regulierung nicht nötig, da die Auswirkungen von US-Kraftwerksemissionen auf den Klimawandel zu gering seien. Der Stromsektor ist der Sektor mit den zweithöchsten Emissionen in den USA und macht drei Prozent der weltweiten



Treibhausgasemissionen aus. Der EPA-Vorschlag würde die aktuell bestehende Regel der Biden-Administration ersetzen, welche bestehende Kohlekraftwerke und neu zugebaute Gaskraftwerke verpflichtet, ab 2032 CO₂-Abscheidungs- und -Speicherungstechnologien (CCS) zu nutzen. CCS als Technologie sei jedoch in dieser Größenordnung nicht umsetzbar und zu teuer. In seiner ersten Amtszeit strich Präsident Trump die Regel der Obama-Administration, ersetzte sie jedoch durch eine schwächere. Die EPA schlug ebenfalls vor, die Quecksilber- und Luftschadstoffnormen der Biden-Administration von 2024 zu streichen und auf die Regel von 2012 zurückzufallen.

DOE vergibt wieder LNG-Exportgenehmigungen

Das US-Energieministerium DOE hat die Vergabe von LNG-Exportgenehmigungen wieder aufgenommen. In den USA sind LNG-Exporte in Länder, mit denen die USA kein Freihandelsabkommen haben genehmigungspflichtig. Die Wiederaufnahme beendet den Versuch der Biden-Administration eine Neubewertung des Genehmigungsprozesses vorzunehmen. Die Studie der Biden-Administration äußerte Klima-bezogene Bedenken hinsichtlich erhöhter Exportkapazitäten in den 2030er-Jahren, die die weltweite Nachfrage weit übersteigen könnten, sowie Bedenken, dass die inländischen Gaspreise als Resultat steigen könnten. Nach einer Frist zur Stellungnahme zur Studie hat das Ministerium nun eine Antwort herausgegeben, in der alle Bedenken zurückgewiesen werden und festgestellt wird, dass LNG-Exporte aus den Vereinigten Staaten überragenden öffentlichen Interesses seien. Das DOE erlässt nun wieder finale Bestimmungen zu Anträgen. Zuletzt fielen die Ölpreise in den USA stark genug, dass die Öl- und Gasindustrie neue Bohrungen einschränkte. Das Energiestatistikbüro EIA sagt einen starken Anstieg des Gaspreises in den USA voraus, da ein großer Teil der Erdgasförderung ein Nebenprodukt der Ölförderung ist.

Kaliforniens Recht auf eigene Abgasnormen entzogen

Nach Verabschiedung durch den US-Kongress unterzeichnete Präsident Trump einen Congressional Review Act (CRA) Beschluss, der Kaliforniens Ausnahmegenehmigung für Abgasnormen von Pkw und Lkw aufhebt. Die Genehmigung hatte es Kalifornien und zwölf anderen Bundesstaaten erlaubt, strengere Vorgaben als die Bundesvorgaben zu erlassen. Die Anwendung des CRA zur Aufhebung der kalifornischen Ausnahmegenehmigung war umstritten, da sowohl die Parlamentarian des Senats als auch das *Congressional Accountability Office* die Genehmigung nicht als Regel anerkannten und der CRA daher nicht gegen sie eingesetzt werden könne. Um dies zu umgehen, änderten die republikanischen Senatoren die Senatsregeln für CRA-Beschlüsse. Der kalifornische Generalstaatsanwalt Rob Bonta kündigte an, Kalifornien werde gegen die Aufhebung Klage einreichen. Die Automobilindustrie befürwortete die Aufhebung der kalifornischen Ausnahmegenehmigung weitgehend und bezeichnete Kaliforniens Regeln als zu ehrgeizig und unrealistisch. (pm)



Impressum

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Februar 2025



Im Fokus



Republikaner reichen konkurrierende Haushaltsentwürfe ein

Die Republikaner im Repräsentantenhaus und im Senat haben jeweils konkurrierende Haushaltsentwürfe zur Abstimmung eingereicht. Unterschiede gibt es bei der Höhe der vorgeschlagenen Steuersenkungen und welche Ausgaben zur Finanzierung gekürzt werden sollen. Der Haushaltsentwurf aus dem Senat würde Ausgaben für Sozialprogramme kürzen und neue Gelder für Verteidigung und Heimatschutz zur Verfügung stellen.

Steuersenkungen sollen erst im Haushaltsgesetz für das kommende Fiskaljahr verabschiedet werden, das am 1. Oktober beginnt. Die Republikaner im Repräsentantenhaus planen beides in einem Paket zu verabschieden. US-Präsident Donald Trump hat sich für den Vorschlag aus dem Repräsentantenhaus ausgesprochen. Nachdem der neue Fiskalrahmen vergangene Woche vom Haushaltsausschuss bestätigt wurde, bleibt unklar, ob dieser im Unterhaus mehrheitsfähig ist. Derzeit haben die Republikaner im Repräsentantenhaus mit einer einzigen Stimme nur eine dünne Mehrheit. Die tiefen Kürzungen der Sozialprogramme, um Steuersenkungen zu finanzieren, gehen vielen moderaten republikanischen Abgeordneten zu weit. Die Demokraten in beiden Kammern lehnen die republikanischen Entwürfe ab. Der aktuelle Übergangshaushalt läuft am 14. März aus. (jm)



Handel

Neue Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte

US-Präsident Trump hat Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumimporte angekündigt. Die Zölle sollen am 12. März in Kraft treten und gelten für Importe aus allen Ländern. Die mit Handelspartnern ausgehandelten Zollausnahmen werden an diesem Tag

auslaufen, da Ausnahmen laut der Proklamationen die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten beeinträchtigen. Die Proklamationen weisen auf Überkapazitäten in China und das Risiko von Umladungen durch Drittländer aufgrund der derzeit geltenden Ausnahmen hin. Außerdem wird das Verfahren zum Ausschluss von Produkten aufgehoben und dem US-Wirtschaftsministerium die Befugnis entzogen, Ausnahmen zu gewähren, wenn ein Produkt in den USA nicht ausreichend verfügbar ist oder nicht die erforderliche Qualität aufweist. Vereinbarte Produktausschlüsse bleiben bis zu ihrem Ablaufdatum oder dem Erreichen der ausgeschlossenen Produktmengenquote in Kraft. Die Europäische Union hat angekündigt, mit angemessenen Gegenmaßnahmen zu reagieren.

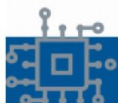


Reciprocal Trade and Tariffs- Memorandum

US-Präsident Trump hat einen „*Fair and Reciprocal Plan*“ angekündigt, um Handelsvereinbarungen entgegenzuwirken, die er als „unfair“ ansieht. Dabei macht Trump keinen Unterschied zwischen „Freund und Feind“, bezeichnet die „Ungerechtigkeiten“ der Handelspartner als Ursache für das hohe Handelsdefizit der Vereinigten Staaten. Das Memorandum weist den US-Wirtschaftsminister und den US-Handelsbeauftragten an, in Absprache mit anderen Regierungsbeamten ausländische tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse zu überprüfen und Empfehlungen für Abhilfemaßnahmen, einschließlich gegenseitiger Zölle, abzugeben. Zu den genannten nichttarifären Handelshemmnissen gehören (1) unfaire, diskriminierende oder extraterritoriale Steuern (einschließlich Mehrwertsteuern), (2) aufwändige Bürokratie, (3) Wechselkursmanipulationen, (4) gesundheitspolizeiliche/pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, (5) technische und digitale Handelshemmnisse sowie (6) von ausländischen Regierungentoleriertes wettbewerbsfeindliches Verhalten. Die Untersuchung wird nach der Vorlage der Berichte der Behörden am 1. April im Rahmen des *America First Trade Policy Memorandums* erfolgen.

Zölle für Mexiko und Kanada aufgeschoben, 10 Prozent Zoll auf Waren aus China

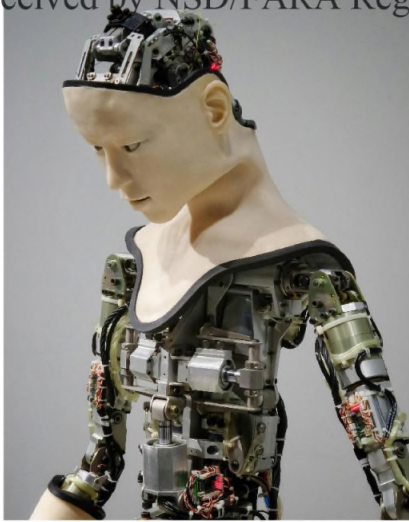
Unter Berufung auf das *International Emergency Economic Powers Act* (IEEPA) hatte US-Präsident Trump angekündigt, dass am 4. Februar Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Waren aus Mexiko und Kanada und in Höhe von 10 Prozent auf Waren aus China in Kraft treten sollten. Die Zölle für Mexiko und Kanada wurden um 30 Tage verschoben, nachdem Präsident Trump und die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum sowie der kanadische Premierminister Justin Trudeau Kooperationsvereinbarungen über Einwanderung und Fentanyl getroffen hatten. Details zu den neuen Zugeständnissen sind jedoch begrenzt. Die Zölle auf chinesische Waren traten wie angekündigt in Kraft und hatten ursprünglich ein Verbot der Anwendung des De-minimis-Verfahrens für chinesische Produkte beinhaltet, die zollfrei in die Vereinigten Staaten eingeführt werden dürfen. Präsident Trump hob dies am 7. Februar per Dekret wieder auf. Damit können sich Pakete aus China wieder für das De-minimis-Programm qualifizieren, bis „angemessene Systeme zur Verarbeitung und Erhebung von Zöllen für diese Sendungen vorhanden sind“. Als Reaktion erhob China am 10. Februar einen Zoll von 15 Prozent auf US-Kohle und Flüssigerdgas, einen Zoll von 10 Prozent auf Rohöl, landwirtschaftliche Maschinen, Autos und Pick-ups sowie Exportkontrollen für kritischer Mineralien (Wolfram, Tellur, Wismut, Molybdän und Indium) und eine Kartelluntersuchung gegen Google. (sh)



Digital

Vance kritisiert KI-Sicherheitsbemühungen, USA enthalten sich bei Pariser Erklärung

Vizepräsident JD Vance forderte auf dem KI-Aktionsgipfel in Paris dazu auf, die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz in den Vordergrund zu stellen



und nicht die Risiken. Den Ausbau der KI gelinge nicht durch „Händeringen um Sicherheit“, sondern durch den Aufbau physischer Infrastrukturen wie Stromnetze und Chipfertigung. Er bekräftigte das Bekenntnis der Trump-Administration zur US-amerikanischen Führungsrolle im Bereich KI und schlug vor, dass sich die europäischen Länder dem deregulierten Ansatz der USA im Bereich der KI anschließen sollten. Die USA und das Vereinigte Königreich lehnten es ab, sich der Erklärung des Gipfels zur inklusiven und nachhaltigen künstlichen Intelligenz anzuschließen, die von 60 anderen Ländern sowie der Europäischen Union und der Afrikanischen Union unterzeichnet wurde.

BIS pausiert die Überprüfung von Exportlizenzen

Laut mehreren Quellen in Washington wurde das *Bureau of Industry and Security* (BIS) angewiesen, die Überprüfung von Ausfuhrgenehmigungen aussetzen,

die nach dem 5. Februar 2025 eingereicht wurden. Berichten zufolge handele es sich bei dieser Pause um eine interne Regelprüfung. Eine förmliche Ankündigung der Behörde bezüglich anstehender Lizenzüberprüfungen gibt es derzeit nicht.

NSF bittet um Informationen zum KI-Aktionsplan des Weißen Hauses

Die *National Science Foundation* (NSF) bittet um Vorschläge, wie die USA ihre Vorherrschaft im Bereich der Künstlichen Intelligenz fördern und eine Behinderung der Innovation im privaten Sektor verhindern könne. Die Aufforderung erfolgte im Namen des Büros für Wissenschafts- und Technologiepolitik des Weißen Hauses. Kommentare sind bis zum 15. März einzureichen.

Howard Lutnick ist neuer US-Wirtschaftsminister

Der US-Senat hat Howard Lutnick mit 51 zu 45 Stimmen als US-Wirtschaftsminister bestätigt. In seinem Amt soll Lutnick eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Zollpolitik von US-Präsident Trump spielen. Darüber hinaus wird er für die Umsetzung wichtiger wirtschaftlicher Sicherheitsinitiativen der USA wie CHIPS-Subventionen und Exportkontrollen für Halbleiter und KI-Technologien verantwortlich sein. (jm)



Energie

Trump-Administration bringt Energiepolitik ins Rollen

Vier Wochen nach Amtsantritt hat Donald Trump die zentralen Institutionen und Personalien seiner Energiepolitik in Stellung gebracht. Die Einrichtung des sogenannten *National Energy Dominance Council* soll Entscheidungen zur Energiepolitik im Weißen Haus bündeln. Den Vorsitz wird US-Innenminister Doug Burgum innehaben, stellvertretender Vorsitzender wird US-Energieminister Chris Wright sein. Dem Rat werden weitere Mitglieder aus Trumps Kabinett sowie Entsandte einiger US-Behörden angehören, auch aus Ressorts, die traditionell wenig Kontakt zur US-Energiepolitik hatten. Der Rat reiht sich mit dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Nationalen Wirtschaftsrat ein. Zentrale Aufgabe wird die Umsetzung von Trumps Dekreten zur „Entfesselung“ der US-Energie sein sowie die Erarbeitung von Strategien für eine US-„Energiedominanz“ im Rahmen des ausgerufenen Energienotstands. Besonders im Fokus stehen Genehmigungsverfahren, Gewinnung, Förderung, Verteilung, Regulierung und Transport von US-Energie im weitesten Sinne.



bestätigt. Dazu zählen (1) Doug Burgum, ehemaliger Gouverneur von North Dakota, nun US-Innenminister, Vorsitzender des neuen Nationalen Energiedominanzrats und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats, (2) Chris Wright, Ex-CEO des Fracking-Bohrunternehmens Liberty Energy, nun US-Energieminister, und (3) Lee Zeldin, ehemaliger Kongressabgeordneter aus New York, nun Administrator der US-Umweltschutzbehörde EPA.

Alle drei Ministerien bzw. Behörden widmen sich zunächst einer Bestandsaufnahme laufender regulatorischer Verfahren und bestehender Programme. Dies geschieht um sicherzugehen, dass die Prioritäten der neuen Regierung vertreten sind und um Elon Musks DOGE-Büro bei der radikalen Verschlinkung der Regierung und ihrer Ausgaben zu unterstützen. Viele der bisher getroffenen DOGE-Maßnahmen sind Gegenstand von Klagen und müssen in den kommenden Wochen vor Gericht bestehen. Die weiterhin andauernde Kündigungswelle von US-Beamten betraf auch das US-Energieministerium DOE, bisher 1.800 Kündigungen, die EPA (400), das US-Innenministerium DOI (2.300) und die US-Forstverwaltung (3.400).

Im DOE wurde zunächst die Arbeit an LNG-Exportlizenzen wieder aufgenommen und eine erste Lizenz bereits erteilt. Auch wurde die Erarbeitung neuer Energieeffizienzstandards für Haushaltsgeräte ausgesetzt. Die EPA prüft das Aussetzen oder Reduzieren der Standards für den Wasserverbrauch von Haushaltsgeräten sowie Ausnahmen für die Beschleunigung oder Aussetzung von Genehmigungsverfahren und Umweltschutzprüfungen, besonders beim Gewässerschutz. Auch versucht die EPA gewährte Ausnahmen zurückzunehmen, die es dem Bundesstaat Kalifornien erlauben, seine eigenen strengeren Luftverschmutzungsstandards anzusetzen. Unklar ist, ob die Zustimmung des US-Kongresses benötigt wird. Das DOI arbeitet unter anderem daran, Bidens Ausnahme der US-Küstengewässer von der Vergabe für Öl- und Gasbohrlizenzen zurückzunehmen. Ob dies rechtlich möglich ist, ist umstritten.

USA und Japan diskutieren Kooperation bei LNG und U.S. Steel

Bei einem Treffen in Washington zwischen US-Präsident Donald Trump und dem japanischen Premierminister Shigeru Ishiba beschlossen beide Staaten Verhandlungen über gemeinsame Projekte zur Erschließung US-amerikanischer Energie in Alaska zu beginnen. Im Rahmen dieser Programme könnte Japan sich als Investor an neuen Öl-, Gas- oder LNG-Infrastrukturprojekten beteiligen, um den Export von Flüssiggas nach Japan zu erleichtern. Japan ist der größte Abnehmer von US-amerikanischem LNG außerhalb des europäischen Kontinents. Derzeit gibt es kein aktives LNG-Terminal an der Westküste des nordamerikanischen Kontinents. Die Verhandlungen sind Teil der japanischen Strategie zur Vermeidung von Zöllen. Auch die gescheiterte Übernahme von US Steel durch den japanischen Konzern Nippon Steel sei zur Sprache gekommen. Ishiba habe vorgeschlagen, Nippon Steel könne statt als Käufer als Investor bei US Steel einsteigen. Die Biden-Regierung hatte vergangenes Jahr den Kauf aus Gründen der nationalen Sicherheit blockiert; eine Idee, die auch Donald Trump während seines Wahlkampfes unterstützte. (pm)



In Kürze

German American Business Outlook

Washington, DC | March 6



Hear the Results!

Wie schätzen deutsche Unternehmen in den USA die Aussichten auf dem transatlantischen Markt ein? Wo sehen sie Potenziale, und welche Hürden gilt es zu überwinden?

Die Delegation der Deutschen Wirtschaft in Washington (DGIC) stellt am 6. März von 15:00-16:30 Uhr in ihren Räumen die Ergebnisse des diesjährigen *German American Business Outlook* (GABO) vor. Dafür werden jedes Jahr deutsche Unternehmen in den USA nach ihren Marktperspektiven befragt. Interessierte werden gebeten, sich unter folgendem

Link anzumelden: <https://tinyurl.com/4pxrxwrz>



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Mai 2025



Im Fokus



Haushaltspaket der Republikaner einen Schritt weiter

Das Haushalts- und Steuerpaket der Republikaner soll noch vor Ende Mai vom US-Repräsentantenhaus verabschiedet werden. Das Ways and Means Committee hat bereits Teile des Pakets gebilligt, die weite Steuersenkungen für Privatpersonen und Unternehmen vorsehen. Das Gesamtpaket soll bis zum 4. Juli von beiden Kongresskammern verabschiedet und dann vom Präsidenten unterzeichnet werden.

Der Gesetzentwurf würde es US-Unternehmen wieder ermöglichen, ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung abzuschreiben. Hingegen sollen viele Steueranreize des Inflation Reduction Act frühzeitig auslaufen (mehr Infos dazu unter Energie). Auch der Bau neuer Einrichtungen zur Produktion, in der Landwirtschaft, dem Bergbau oder zur Förderung von Energie soll in den kommenden vier Jahren zu Steuervorteilen führen. Die US-Wirtschaft beurteilt die steuerlichen Aspekte des Pakets weitgehend positiv.

Das Finanzpaket muss zunächst eine Mehrheit im Repräsentantenhaus erreichen. Moderate Stimmen bemängeln Kürzungen bei Sozialprogrammen, wobei diese Sparmaßnahmen vielen Konservativen nicht weit genug gehen. Änderungen des Pakets können auch vom Senat vorangebracht werden. Viele republikanische Senatoren blicken kritisch auf eine Abschaffung oder Kürzung der IRA-Steueranreize. (jm)



Handel

Handelsabkommen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich

Als erste Handelsvereinbarung seit Inkrafttreten der US-Zölle am 5. April haben sich die USA und das Vereinigte Königreich auf einen *Economic Prosperity Deal* (EPD) geeinigt. Der EPD ist kein vollständiges Freihandelsabkommen und sieht die Beibehaltung der reziproken Zölle auf Güter aus der UK in Höhe von 10 Prozent vor. Allerdings,



Researcher, die Section 232 Untersuchungen unterlegen, wie der Automobil-, Pharma-, Stahl- und Aluminiumindustrie, Erleichterung verschaffen werden. Gemäß den vom US-Handelsbeauftragten veröffentlichten General Terms werden die Verhandlungen zur Formalisierung der Bedingungen unverzüglich aufgenommen. Nach Angaben des US-Präsidenten wird das Abkommen neuen Marktzugang für US-Agrarprodukte, Chemikalien, Maschinen und Industrieprodukte gewährleisten. Das Vereinigte Königreich erklärte sich außerdem bereit, seine Zölle auf 1,4 Milliarden Liter US-Ethanol abzusuchen und eine zollfreie Quote von bis zu 13.000 Tonnen US-Rindfleisch einzuführen. Im Gegenzug erklärte sich die US-Regierung bereit, eine Handelsunion für Stahl und Aluminium zu gründen, die eine Quote zu Meistbegünstigungszöllen für britischen Stahl, Aluminium und bestimmte Derivate vorsieht. Die USA würden außerdem Zollvergünstigungen für die ersten 100.000 britischen Autos gewähren, die in die USA eingeführt werden und statt 25 nur 10 Prozent Zoll erheben. Beide Länder vereinbarten, an einem Abkommen über digitalen Handel zu arbeiten.

Handelsstreit zwischen den USA und China für 90 Tage entschärft

Nach zweitägigen Verhandlungen in Genf zwischen dem US-Handelsbeauftragten Jamieson Greer, US-Finanzminister Scott Bessent und ihren chinesischen Amtskollegen haben die USA ein Handelsabkommen mit China bekannt gegeben. Beide Länder standen zunehmend unter wirtschaftlichem Druck. In China war von Fabrikschließungen und höherer Arbeitslosigkeit die Rede, während in den USA nicht nur höhere Preise, sondern auch Versorgungsengpässe befürchtet wurden. In einer gemeinsamen Erklärung hatten sich beide Länder verpflichtet, bis zum 14. Mai Maßnahmen zu ergreifen, um die Handelsspannungen für 90 Tage zu deeskalieren. China hob alle nichttarifären Gegenmaßnahmen auf und senkte seine Vergeltungszölle auf 10 Prozent. Die USA senkten ihre Zölle auf chinesische Waren auf 30 Prozent – 20 Prozent Zölle aufgrund der Fentanyl-Krise plus 10 Prozent reziproker Basiszölle. In der Erklärung wird die Schaffung eines neuen Mechanismus zwischen den USA und China zur Erörterung von Handels- und Wirtschaftsfragen angekündigt. Seit dem 2. Mai haben die USA die De-minimis-Ausnahme für Lieferungen chinesischer Waren im Wert von unter 800 US-Dollar abgeschafft. Infolge der Verhandlungen in Genf senkte Präsident Trump die Zölle auf diese geringwertigen Lieferungen ab dem 14. Mai von 120 auf 54 Prozent. Die alternative Gebühr pro Artikel bleibt bei 100 US-Dollar, wird aber nicht wie zuvor angekündigt am 1. Juni auf 200 US-Dollar erhöht.

Neues Dekret soll Zollkumulierungen verhindern

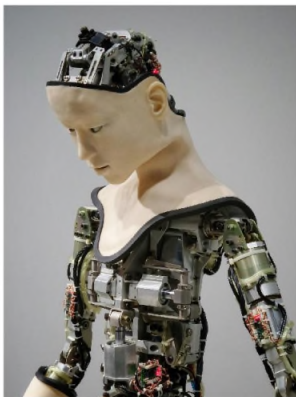
Präsident Trumps Exekutivanordnung (EO) Addressing Certain Tariffs on Imported Articles legt fest, welchem Zollsatz ein Produkt mit mehr als einem der folgenden Zölle unterliegt: Section 232 für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile, IEEPA Fentanyl/Migration für kanadische und mexikanische (nicht USMCA-konforme) Waren und Section 232 für Stahl, Aluminium und Derivatsprodukte. Gemäß der EO unterliegen Einfuhren, die den 25-prozentigen Zöllen für den Automobilsektor unterliegen, nicht den Zöllen, die aufgrund der Notstandserklärungen gegenüber Mexiko und Kanada eingeführt wurden. Artikel, die den Zöllen für Mexiko/Kanada unterliegen, unterliegen wiederum nicht den zusätzlichen Stahl- und Aluminiumzöllen. Die Verordnung gilt rückwirkend ab dem 4. März 2025 und Rückerstattungen werden gemäß den Verfahren der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde CBP bearbeitet. Ausnahmen der Kumulierungsregel sind auf die aufgeführten spezifischen Maßnahmen beschränkt. Allerdings fallen weiterhin alle anderen geltenden Zölle, Steuern und Abgaben an, wie beispielsweise Section 301, IEEPA-Fentanyl-Zölle auf Waren aus China sowie Antidumping- und Ausgleichszölle.

Ausgleichszahlungen für Zölle auf Autoteile

Seit dem 3. Mai gilt ein Zollsatz von 25 Prozent auf in die USA importierte Autoteile. Eine neue Präsidialanordnung gewährt Herstellern Zollgutschriften auf importierte Autoteile für Kraftfahrzeuge, die in den USA endmontiert werden. Der Ausgleichsbetrag für die Einfuhranpassung beträgt vom 3. April 2025 bis zum 30. April 2026 3,75 Prozent des vom Hersteller empfohlenen Verkaufspreises (MSRP), sinkt ab dem 1. Mai 2026 bis zum 30. April 2027 auf 2,5 Prozent und läuft danach vollständig aus. Laut der Berechnungen des Weißen Hauses würden diese Gutschriften die Zölle auf Autoteilimporte im ersten Zeitraum von bis zu 25 Prozent des KFZ-Wertes ausgleichen, im zweiten Zeitraum nur noch zu 10 Prozent. (sh)



Digital



BIS widerruft Bidens KI-Regelung, kündigt neue Kontrollen an

Die AI Diffusion Regelung aus den letzten Tagen der Biden Amtszeit soll nicht wie geplant am 15. Mai in Kraft treten, so das Bureau of Industry and Security (BIS). Stattdessen wird das BIS eine neue Regelung erlassen. Details dazu hat die Behörde bislang nicht bekannt gegeben. Außerdem wurden neue Kontrollen bei der Nutzung von aus China stammenden Hochleistungschips – auch in Drittländern - angekündigt. Auch US-Chips zur Entwicklung von KI-Modellen in China oder für Unternehmen mit Hauptsitz in China sollen künftig einer Genehmigung des BIS bedürfen.

Senatsausschuss für Wirtschaft veranstaltet Anhörung zur KI-Regulierung

Investitionen in KI-Infrastruktur und eine sanfte Regulierungspolitik forderten die Führungskräfte der vier größten US-Technologieunternehmen in einer Anhörung vor dem Ausschuss für *Commerce, Science, and Transportation* des US-Senats. Dabei betonten sie die wirtschaftlichen und strategischen Vorteile künstlicher Intelligenz. Die USA solle ihre KI-Technologie vorrangig an Verbündete exportieren und globale Technologiestandards gestalten. Der Wettbewerb der USA mit China sei ein Motivationsfaktor für schnelle Investitionen und Innovationen. Die republikanischen Senatoren sprachen sich für eine US-Bundesgesetzgebung aus, die künftigen KI-Vorschriften der einzelnen US-Bundesstaaten vorgreift, um einen regulatorischen Flickenteppich zu vermeiden. Der Ausschussvorsitzende Senator Ted Cruz (R, Texas) sprach sich gegen KI-Vorschriften „nach europäischem Vorbild“ aus und bezeichnete sie als Hindernisse für Wachstum und Innovation. (jm)



Energie

Steuergesetzvorschlag würde IRA kürzen und fossile Energieprojekte beschleunigen

Der erste Aufschlag für das Haushalts- und Steuerpaket der Republikaner würde zentrale Änderungen für die US-Energie- und Klimapolitik enthalten. Der Text des *Ways and Means*-Ausschusses sieht eine starke Kürzung der Steuergutschriften des Inflation Reduction Act vor, unter anderem, um Präsident Trumps Steuersenkungen zu finanzieren. Ab Ende 2025 vollständig gestrichen würden (1) alle Gutschriften für E-Autos, die Gutschrift für (2) Ladesäulen, (3) für energieeffiziente Gebäuderenovierungen und (4) Neubauten, (5) für Erneuerbare Technologien in Privathaushalten und (6) für die Produktion von sauberem Wasserstoff. Die Investitions- und Produktionsgutschriften für sauberen Strom sowie jene für bestehende Atomkraftwerke würden bereits ab 2029 um 20 Prozent pro Jahr reduziert werden und Ende 2031 auslaufen.



Die Steuergutschrift für die Produktion von sauberen Technologien und kritischen Mineralien würde ab Ende 2027 nicht mehr für Windkomponenten gelten und für alle anderen Technologien Ende 2031 statt 2032 beendet werden. Bestehen bleiben würden auch Gutschriften für CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie für Biokraftstoffe. Für alle weiterbestehenden Gutschriften würde die Möglichkeit zur sogenannten Transferability Ende 2027 beendet. Diese Option gibt Empfängern mehr Flexibilität zur Monetarisierung, z.B. für nicht-steuerzahlende Organisationen. Weiterhin würden alle

Rechtlich verfügbaren/Gutschriften mit neuen Beschränkungen hinsichtlich sogenannter Specified Foreign Entities ausgestattet. Betroffen wären, unter anderem, Organisationen und in manchen Fällen Personen aus China, Russland, Nordkorea und Iran sowie Organisationen, deren Anteile zu mehr als zehn Prozent (von einer einzigen *Foreign Entity*), oder zu mehr als 25 Prozent (von verschiedenen *Foreign Entities*) gehalten werden. Auch Lizenzverträge über einem Wert von einer Millionen US-Dollar mit verbotenen *Foreign Entities* wären untersagt.

Der Ausschuss für Energie und Wirtschaft konzentrierte sich in seinen Abschnitten darauf, die im IRA autorisierten Darlehens- und Subventionsgelder zurückzunehmen. Dazu würde auch der *Greenhouse Gas Reduction Fund* der US-Umweltbehörde EPA gehören. Die erstmals im IRA verabschiedete Methanbepreisung würde um zehn Jahre aufgeschoben und zwei zentrale Regeln der Biden-Regierung für mehr E-Autos aufgehoben. Des Weiteren könnten Antragsteller von Genehmigungen zum Bau von Öl- und Gaspipelines gegen eine Gebühr von zehn Millionen US-Dollar schnellere Genehmigungsverfahren für ihre Projekte erwirken. Antragsteller für LNG-Exportlizenzen für den Export in nicht-Freihandelspartnerländer könnten für eine Millionen US-Dollar ihre Projekte „im öffentlichen Interesse“ deklarieren lassen, was eine Aushebelung der Genehmigungserteilung durch das DOE darstellen würde.

Das vorgeschlagene Gesamtpaket muss zunächst noch im Plenum des Repräsentantenhauses verabschiedet werden. Später könnte der Senat eigene Änderungen am Text vornehmen oder eine gänzlich neue Version des Gesetzes vorlegen. Eine Reihe an Republikanern äußerte in den vergangenen Monaten Kritik an zu starken Kürzungen des IRA, da viele vom IRA-gestützte Investitionen in ihren Distrikten bestehen.

USA treiben unilateral Tiefseebergbau voran

Per Exekutivanordnung erweiterte Präsident Trump vorherige Energieverordnungen und wies die Ministerien und Behörden der US-Regierung an, Optionen zur Ankurbelung des Tiefseebergbaus zu erarbeiten. Dazu gehören Maßnahmen, um (1) die Erkundung, Charakterisierung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen am Meeresboden durch beschleunigte Genehmigungsverfahren zu unterstützen, (2) Investitionen in die Tiefseewissenschaft, -kartierung und -technologien zu fördern, (3) die Koordinierung hierzu in den Ministerien und Behörden zu verbessern, (4) die USA zum weltweit führenden Land im Tiefseebergbau zu machen und mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, die dies anstreben, (5) eine inländische Lieferkette für kritische Mineralien zu schaffen, einschließlich Verarbeitungskapazitäten, und (6) Partnerschaften mit Verbündeten und der Industrie zu stärken, um Chinas aufstrebender Rolle im Tiefseebergbau entgegenzuwirken. Auch Finanzierungsmöglichkeiten, zum Beispiel über den *Defense Production Act*, oder Zuschuss- und Darlehensprogramme werden sondiert.

Die Exekutivanordnung sieht im Tiefseebergbau eine Möglichkeit für die USA, ihre starke Abhängigkeit von kritischen Mineralien aus dem Ausland, besonders China, zu verringern und die nationale Sicherheit zu erhöhen. Zu den Anstrengungen für ein Rahmenabkommen zum Tiefseebergbau bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA) der Vereinten Nationen schweigt die Verordnung. Die ISA und die chinesische Regierung kritisierten den Vorstoß der USA zum Tiefseebergbau außerhalb ihrer Jurisdiktion. Die USA sind kein Unterzeichner des UN-Seerechtsübereinkommens. (pm)



Die Deutsche Botschaft in Washington öffnete vergangenen Samstag ihre Türen für das alljährliche EU Open House Event. Rund um das Botschaftsgelände konnten fast 12.000 Besucher europäische Spezialitäten kosten und kulturelle Besonderheiten kennenlernen.

Gemeinsam mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft (DGIC) beantwortete das Team des



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

April 2025



Im Fokus



US-Wirtschaft reagiert auf Präsident Trumps aggressive Handelspolitik

Die US-Wirtschaft sieht die Handelspolitik der Trump-Regierung weitgehend kritisch. Unternehmen befürchten in den kommenden Monaten Preissteigerungen, ein gebremstes Wirtschaftswachstum und fehlende Planungssicherheit. Führende US-Wirtschaftsverbände fordern ein schnelles Ende der Zollerhöhungen und der damit verbundenen

Handelsstreitigkeiten.

Laut der *National Association of Manufacturers* (NAM) sind Unsicherheiten im Handelsbereich die größte Herausforderung für über 75 Prozent ihrer Mitgliederschaft. Wegen neuer Zölle müssen 87 Prozent der kleinen und mittleren Produktionsunternehmen ihre Preise möglicherweise anheben. Die NAM befürwortet gegenseitige Null-Zoll-Abkommen mit Handelspartnern, ähnlich dem Vorschlag der EU-Kommission.

Die US Chamber of Commerce bezeichnet die angekündigten Zölle als „existenzielle Bedrohung“ für viele kleine und mittlere Unternehmen. Sie unterstützt die Verhandlung neuer Freihandelsabkommen, die neue Märkte für US-Produkte eröffnen würden.

US-Zölle bremsten laut des neuesten *World Economic Outlook* des Internationalen Währungsfonds (IWF) das Wachstum für die gesamte Weltwirtschaft. Seit Januar hat der IWF seine Weltwachstumsprognose für das Jahr 2025 von 3,3 auf 2,8 Prozent nach unten korrigiert. Das für 2025 vom IWF prognostizierte BIP-Wachstum in den USA wurde auf 1,4 Prozent korrigiert, 0,9 Prozent unter den Erwartungen von Januar. (jm)



Handel

Zölle auf Kraftfahrzeuge und Autoteile

Am 3. April ist der von der US-Regierung angekündigte Zoll von 25 Prozent auf importierte Kraftfahrzeuge in Kraft getreten.

Auch Autoteile sollen mit 25 Prozent Zoll belegt werden, allerdings erst ab dem 3. Mai.

Bei Bedarf sollen die Zölle auf weitere

Bestandteile ausgeweitet werden. Der Zollsatz von 25 Prozent wird zu den bereits bestehenden Zöllen, Gebühren, Abgaben und Entgelten für importierte Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile hinzugefügt. Für Autos, die im Rahmen des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada (USMCA) importiert werden, kann der US-Anteil des Fahrzeugs zertifiziert werden, sodass der Zusatzzoll nur auf den Wert des Nicht-US-Anteils erhoben wird. Bei Überbewertung des US-Anteils würde der Zollsatz von 25 Prozent auf den gesamten Wert des Fahrzeugs erhoben, unabhängig vom tatsächlichen US-amerikanischen Anteil. Gemäß der Durchführungsverordnung muss das US-Wirtschaftsministerium in Absprache mit der Zoll- und Grenzschutzbehörde ein Verfahren zur Erhebung von Zöllen auf Nicht-US-Teile in USMCA-konformen Autoteilen entwickeln. Annex 1 der Bekanntmachung im Federal Register enthält eine Liste der betroffenen Artikel.



Länderspezifische Reziprozitäten für 90 Tage ausgesetzt

Präsident Trump hat eine 90-tägige Aussetzung der länderspezifischen Reziprozitäten für jene Länder angekündigt, die keine Vergeltungsmaßnahmen gegen die USA wegen der neuen Zollregelung ergriffen hatten. Allerdings werden Waren aus diesen Ländern währenddessen mit einem Zollsatz von 10 Prozent belegt. Gleichzeitig wurde mit der Verordnung (EO) auch der Gegenzollsatz für chinesische Waren mit Wirkung zum 10. April auf 125 Prozent angehoben. Dies gilt zusätzlich zu dem 20-prozentigen Zoll (IEEPA), der aufgrund der nationalen Fentanylkrise gegen China verhängt wurde. In einer Eskalation der Handelsspannungen erhöhte China seine Zölle auf US-Waren auf 125 Prozent. Während Anhörungen vor dem Senatsausschuss für Finanzen und dem Ways and Means Repräsentantenhausausschuss lehnte US-Handelsbeauftragter Jamieson Greer die Möglichkeit von Ausnahmen von den neuen Zöllen ab. Bei einer Kabinettsitzung signalisierte Präsident Trump jedoch eine mögliche Offenheit für Ausnahmen für bestimmte Länder oder Unternehmen. Das Weiße Haus änderte auch seine Behandlung von De-minimis-Sendungen aus China, die über das internationale Postnetzwerk verschickt werden und deren Ausnahmeregelung nach dem 1. Mai auslaufen sollte. Die Verordnung vom 2. April kündigte an, dass ab dem 2. Mai chinesische Waren im Wert von unter 800 US-Dollar, die nicht über das internationale Postnetz versandt werden, allen geltenden Zöllen unterliegen, während Postsendungen mit einem Zoll von 30 Prozent oder 25 US-Dollar pro Sendung (50 US-Dollar nach dem 1. Juni 2025) belegt werden. Aufgrund der Handelsspannungen wurden diese Werte durch eine Änderung der Verordnung auf einen Zollsatz von 90 Prozent oder 75 USD pro Sendung (ab dem 1. Juni 2025 auf 150 USD) erhöht.

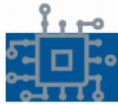
Section 301 Maßnahmen zur Wiederbelebung des Schiffbaus in den USA

Die Exekutivanordnung *Restoring America's Maritime Dominance* sieht die Einrichtung eines neuen Amtes für maritime und industrielle Kapazitäten vor. Innerhalb von 210 Tagen soll ein *Maritime Action Plan* (MAP) erstellt werden, um eine Strategie zur Wiederherstellung und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der US-amerikanischen maritimen Industrie zu entwickeln.

Finanziert werden soll das Programm durch die Einrichtung des *Maritime Security Trust Fund*, der womöglich auf Zöllen, Gebühren oder Steuereinnahmen basieren soll. Die Verordnung weist das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) an, sich mit der maritimen Dominanz Chinas zu befassen. Außerdem soll das US-Verteidigungsministerium prüfen, wie der *Defense Production Act* und privates Kapital zur Ausweitung des US-Schiffbaus genutzt werden können. Das Ministerium für Innere Sicherheit wurde damit beauftragt, die Umleitung von Fracht über kanadische und mexikanische Häfen zur Umgehung der Gebühren einzudämmen.

Das USTR kündigte seine Maßnahmen nach einer einjährigen Untersuchung gemäß Section 301 zu unfairen Praktiken Chinas im Schiffbau an. Nach 180 Tagen werden chinesische Schiffseigner 50 US-Dollar pro Nettotonne zahlen müssen. Die Gebühr wird in den kommenden drei Jahren jährlich um 30 US-Dollar erhöht. Nicht-chinesische Betreiber von in China gebauten Schiffen werden entweder nach Nenntauglichkeit oder nach der Anzahl der Containerschiffe belastet. Diese Gebühr würde bei 18 US-Dollar pro

Die Gebühr für in China gebaute Schiffe würde in bestimmten Fällen nicht erhoben: (1) spezielle Schiffe, die an bestimmten Programmen der US-Seeverkehrsbehörde teilnehmen; (2) Schiffe, die leer oder mit Ballast ankommen; (3) Schiffe unterhalb bestimmter Größen- oder Kapazitätsschwellen; (4) Schiffe, die im Kurzstreckenseeverkehr (weniger als 2.000 Seemeilen von bestimmten US-Häfen entfernt) eingesetzt werden; (5) spezielle Schiffe von US-Unternehmen und Spezialschiffe für den Export. Die Gebühren sind nicht kumulativ und würden nur einmal pro Einfuhr in die USA erhoben, sodass Schiffe bei Anläufen in mehrere US-Häfen nicht mehrfach Gebühren zahlen müssen. Das USTR bittet außerdem um Stellungnahmen und wird am 19. Mai eine Anhörung zu den vorgeschlagenen Zöllen auf Schiff-zu-Land-Kräne und anderen Frachturnschlagmaschinen im Einklang mit der Exekutivanordnung des Präsidenten abhalten. (sh)



Digital



US-Wirtschaftsministerium: Section 232 Untersuchung im Halbleiterbereich

Eine angekündigte Untersuchung des US-Wirtschaftsministeriums prüft die Auswirkungen auf die nationale Sicherheit von importierten Halbleitern und den damit verbundenen Fertigungstechnologien. Darunter fallen Hochleistungschips sowie ausgereifte Halbleiter, Wafer und relevante Produktionsanlagen. Als Teil der Untersuchung bittet das US-Wirtschaftsministerium die

Öffentlichkeit bis zum 7. Mai um Kommentare. Gesucht werden vor allem Informationen zu Nachfrageprognosen für Halbleiter in den USA, welche Halbleiter oder Halbleiterkomponenten nur außerhalb der USA verfügbar sind und in welchen Bereichen Qualifikationslücken bei US-Arbeitnehmern bestehen.

Präsident Trump ordnet Beschleunigung beim US-Investitionsprozess an

Präsident Trump hat ein Dekret zur Einrichtung eines neuen United States Investment Accelerator im US-Wirtschaftsministerium erlassen. Das neue Büro soll bei der Wirtschaftspolitik mit dem US-Finanzministerium und dem Assistenten des Präsidenten zusammenarbeiten und Investoren dabei unterstützen, US-Vorschriften zu nutzen, um Beträge von mehr als einer Milliarde US-Dollar in die Vereinigten Staaten zu investieren. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Laboren im Bereich Forschung gestärkt werden. Weiter sollen gemeinsam mit den US-Bundesstaaten Hindernisse für Investitionen aus dem In- und Ausland abgebaut werden. Auch die CHIPS-Programme werden vom *Investment Accelerator* überwacht, der „viel bessere Vereinbarungen als die der vorherigen Regierung“ aushandeln soll.

Neue Verfahren bei US-Rüstungsbeschaffung und Waffenexporten

Per Dekret wies Präsident Trump das US-Außenministerium und das US-Verteidigungsministerium an, die Verwaltungsverfahren für die Beschaffung von Verteidigungsgütern und für ausländische Rüstungsverkaufsprogramme zu straffen. Das US-Verteidigungsministerium soll einen Plan zur Reform seiner Beschaffungsprozesse vorlegen, um Aufträge zu beschleunigen und unnötige Vorschriften zu beseitigen. Nach den neuen Richtlinien sollen kommerzielle Lösungen den Vorzug erhalten. Programme, die mehr als 15 Prozent hinter dem Zeitplan liegen oder das Budget überschreiten, würden womöglich gestrichen. Darüber hinaus sollen die Minister der verschiedenen US-Streitkräfte ihre Beschaffungsabteilungen verkleinern und deren Angestellte schulen. Reformiert werden sollen auch die Programme zu Waffenverkäufen, *Foreign Military Sales* (FMS) und *Direct Commercial Sales* (DCS). Die Minister sollen innerhalb von 60 Tagen eine Liste mit vorrangigen Partnern und Produkten für Waffenexporte erstellen. Damit sollen zwischen den Verbündeten der USA die Kosten der Waffenproduktion geteilt und die Unabhängigkeit der einzelnen Länder bei der Verteidigung unterstützt werden. (jm)



Energie

Einige Energieprodukte, Rohstoffe und kritische Mineralien von Gegenzöllen ausgenommen

Die Trump-Regierung hat bestimmte Importe von Flüssigerdgas (LNG), Rohöl aus Kanada, Elektrizität sowie petrochemischen Erzeugnissen und verwandten Materialien von den angekündigten Gegenzöllen ausgenommen. Diese Ausnahmen spiegeln sowohl die energiepolitisch dominierende Agenda der Trump-Regierung als auch bestehende US-Abhängigkeiten von kanadischem Öl und Strom wider. Der US-Petrochemiesektor ist nach wie vor stark auf kritische Mineralien aus China sowie auf Exportmärkte angewiesen. Solarzellen hingegen wurden nicht ausgenommen und unterliegen sowohl den neuen Gegenzöllen als auch bestehenden Zöllen gemäß Section 301 sowie weiteren Importabgaben auf Komponenten und Module.



Trotz dieser Ausnahmen brachen die Ölpreise nach der Zollerklärung ein. Der Preis von US-Rohöl der Sorte *West Texas Intermediate* fiel nach Börsenöffnung um fünf US-Dollar. Der Dow Jones U.S. Oil & Gas Index verlor über sechs Prozent. Die OPEC+ Staaten kündigten an, ihre Produktion zu erhöhen, um Marktanteile zu sichern.

Executive Orders sollen Kohleindustrie stärken

Präsident Trump hat laut des Weißen Hauses mehrere *Executive Orders* (EO) unterzeichnet, die den Einsatz sogenannter „sauberer Kohle“ im US-Stromnetz betreffen. Vier EO zielen darauf ab, regulatorische Hürden, Genehmigungsverfahren, Prioritäten bei der Landnutzung und andere Hindernisse für eine Ausweitung der Kohleverstromung zu beseitigen. Die Regierung beabsichtigt zudem, Rechenzentren für Künstliche Intelligenz (KI) künftig mit Kohlekraft zu betreiben.

Eines der Dekrete fordert die Wiederbelebung der US-Kohleindustrie und baut auf der EO 14241 aus der Vorwoche auf, die die Förderung der US-Produktion kritischer Mineralien betrifft. Kohle wurde als Mineral eingestuft und fällt somit unter diese Fördermaßnahmen. US-Bundesbehörden werden angewiesen, Kohlevorkommen per US-Bundesstaat zu identifizieren, Genehmigungshürden abzubauen und Kohle bei der Vergabe von Landnutzungsrechten zu priorisieren. Bestehende Richtlinien, die einen Kohleausstieg unterstützen, sollen aufgehoben werden.

Kohle erhält darüber hinaus im Genehmigungsverfahren gemäß des *National Environmental Policy Act* (NEPA) eine pauschale Ausnahme. Auch außenpolitisch soll die Nutzung von Kohle gefördert, Abbautechnologien exportiert und Abnahmeverträge abgeschlossen werden. Eine Proklamation des Weißen Hauses verlängert die Frist für Kohlekraftwerke zur Einhaltung einer weniger strengen Version der EPA-Vorschriften für Quecksilber und luftverschmutzende Stoffe (MATS) um zwei Jahre und hebt damit eine strengere Regelung aus der Biden-Ära faktisch auf.

Ebenfalls per Dekret wird der US-Energieminister aufgefordert eine Methodik zur Überprüfung der Auswirkungen einer Stilllegung von Kohlekraftwerken auf die Stabilität des Stromnetzes zu entwickeln. Außerdem soll geprüft werden, mit welchen Mitteln Kohlekraftwerke zum Weiterbetrieb verpflichtet werden können.

Weitere Dekrete dieser Woche sehen sogenannte Sunset-Klauseln für Energieregulierungen vor. Eine zusätzliche Anordnung weist den US-Justizminister und die Bundesbehörden an, bundesstaatliche und lokale Gesetze, Verordnungen und Verfahren zu identifizieren, die die Energieproduktion beeinträchtigen oder sich auf Klimawandel, Environmental, *Social and Governance* (ESG), Umweltgerechtigkeit oder Treibhausgasemissionen beziehen. Der US-Justizminister soll rechtlich gegen solche Regelungen vorzugehen. (pm)

ICYMI



Save the Date: SelectUSA Reception

Die Delegation der Deutschen Wirtschaft in Washington (DGIC) lädt auch in diesem Jahr zu einer Abendveranstaltung anlässlich des Select USA Summit des *US Department of Commerce* (DOC).

Der Empfang findet am 12. Mai von 17 bis 19 Uhr in den Räumen der Delegation (1130 Connecticut Ave NW, Suite 1200, Washington, DC 20036) statt. Das

Event bietet eine Gelegenheit zum Networking mit internationalen Firmen und Wirtschaftsvertretern sowie mit Repräsentanten aus einigen US-Bundesstaaten. Teilnehmer werden gebeten, sich [hier](#) anzumelden. (srs)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington, DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschutzerklärung](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

März 2025



Im Fokus



Unsichere politische Lage dämpft US-Wirtschaftsaussichten

Aktualisierte Prognosen des US-BIP erwarten für das laufende Jahr ein niedrigeres Wirtschaftswachstum als bisher angenommen. Die [US-Federal Reserve](#) hat ihre Vorhersage vom Dezember für 2025 von 2,1 auf 1,7 Prozent aktualisiert. Die Vertrauensindikatoren von [Verbrauchern](#), [KMU](#) und dem [produzierenden Gewerbe](#) sind im ersten Jahresquartal gesunken. Die meistzitierten Gründe für das sinkende Vertrauen in die Wirtschaft sind Unsicherheiten in der US-

Handelspolitik und mögliche Auswirkungen von angekündigten Kürzungen im US-Bundeshaushalt.

Die Inflationsrate bleibt höher als der Zielwert der *Federal Reserve*. Dem [Consumer Price Index](#) zufolge sind die Preise im Februar im Jahresvergleich um 2,8 Prozent gestiegen. Dies bereitet sowohl Konsumenten als auch Unternehmen große Sorgen. Die Inflationsrate soll in den kommenden Monaten weiter ansteigen.

Bei der US-Haushaltspolitik ist erst im Spätsommer etwas Klarheit zu erwarten. Die aktuelle *Continuing Resolution* (Haushaltsverlängerung) läuft zum Ende des Fiskaljahres am 30. September aus. Bis dahin muss der Kongress ein neues Haushaltsgesetz verabschieden. Außerdem muss der Kongress die Schuldengrenze erneut anheben. Die Begrenzung war nur bis zum 1. Januar dieses Jahres ausgesetzt worden. Laut einer Prognose des [Congressional Budget Office](#) kann das US-Finanzministerium durch sogenannte „*Extraordinary Measures*“ die US-Regierungsarbeiten bis zum Spätsommer ohne neue Schulden finanzieren. Das Ministerium soll in den kommenden Tagen eine eigene Einschätzung abgeben, wann der Spielraum der außergewöhnlichen Maßnahmen ausgeschöpft sein könnte. (jm)

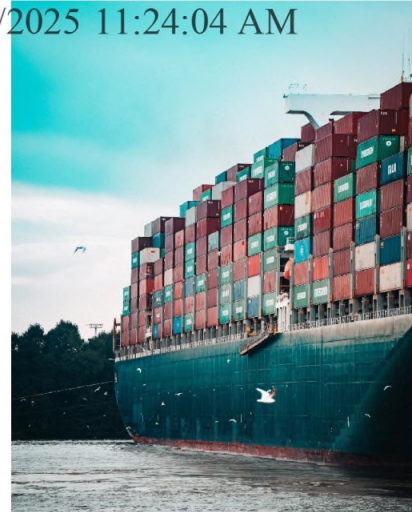


Handel

25 Prozent Zoll auf Autos und Autoteile

Präsident Trump berief sich auf Abschnitt 232 des U.S. Code, um einen 25-prozentigen Zoll auf importierte [Autos](#) und Autoteile zu erheben. Ihm zufolge sei der Schutz der US-amerikanischen Automobilindustrie für

die nationale Sicherheit von entscheidender Bedeutung und werde durch Importe gefährdet. Ab dem 3. April wird der 25-prozentige Zoll auf importierte Autos und spätestens am 3. Mai auf wichtige Autoteile erhoben, wobei Verfahren zur Ausweitung der Zölle auf zusätzliche Teile vorgesehen sind. Der 25-prozentige Zoll gilt zusätzlich zu bereits bestehenden Zöllen, Gebühren und Abgaben, die für importierte Autos gelten. Fast die Hälfte aller in den USA verkauften Fahrzeuge sind importiert, ebenso wie fast 60 Prozent der Autoteile in Fahrzeugen, die in den USA montiert werden. Importeure von Autos, die unter das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada (USMCA) fallen, können den US-amerikanischen Anteil ihrer Produkte zertifizieren und dann den 25-prozentigen Zoll nur auf den Wert der nicht-US-amerikanischen Anteile zahlen. USMCA-konforme Autoteile bleiben zollfrei bis das US-Wirtschaftsministerium und die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) ein Verfahren zur Erhebung von Zöllen auf ihre nicht aus den USA stammenden Inhalte festlegen. Annex 1, in dem die betroffenen Artikel aufgeführt sind, wird im Federal Register veröffentlicht, war aber zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Newsletters noch nicht verfügbar.



US-Zölle gegen Kanada, Mexiko und China

Am 4. März traten die 25-prozentigen Zölle auf Waren aus Kanada und Mexiko (zehn Prozent auf kanadische Energieimporte) in Kraft. Der Zoll auf chinesische Waren wurde von zehn auf 20 Prozent verdoppelt. Präsident Trump beendete auch die Anwendung des De-minimis-Verfahrens für Kanada und Mexiko. Dies tritt erst in Kraft, wenn die Systeme der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) die Kapazität haben, Zölle auf diese Sendungen zu erheben. Die Zölle auf Waren aus Kanada und Mexiko waren ursprünglich am 1. Februar per Exekutivanordnung mit Wirkung zum 4. Februar angekündigt, dann aber um 30 Tage verschoben worden, nachdem sich die USA, Kanada und Mexiko auf ein Kooperationsabkommen über Einwanderung und Fentanylsmuggel geeinigt hatten. Kanada kündigte Zölle in Höhe von 25 Prozent auf US-Waren im Wert von 150 Milliarden US-Dollar an. China reagierte mit 15-prozentigen Zöllen auf US-Agrarprodukte im Wert von 20 Milliarden US-Dollar, fügte 15 US-Unternehmen zur Exportkontrollliste hinzu und zehn US-Unternehmen zu Chinas Liste unzuverlässiger Unternehmen. Mexiko hat bislang keine Gegenmaßnahmen angekündigt. Durch die am 6. März erlassenen Exekutivanordnungen wurden die Zollverordnungen für Mexiko und Kanada geändert, wodurch eine Schonfrist (laut Regierung 30 Tage) für alle Waren gewährt wurde, die im Rahmen des US-Mexiko-Kanada-Abkommens (USMCA) in die Vereinigten Staaten eingeführt werden.

Zölle auf Stahl- und Aluminiemeinfuhren

Am 12. März sind die 25-prozentigen Zölle auf die Einfuhr von Stahl, Aluminium und Folgeprodukte in Kraft getreten. Die Section-232-Zölle waren ursprünglich 2018 von Präsident Trump eingeführt worden, enthalten jedoch drei Aktualisierungen: (1) die Beendigung aller länderspezifischen Vereinbarungen wie Zollkontingentprogramme, da Ausnahmen laut der Proklamationen die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten beeinträchtigten, (2) eine Erhöhung der Zölle auf Aluminiumimporte von zehn auf 25 Prozent und (3) das Hinzufügen zahlreicher Folgeprodukte. Die Europäische Kommission kündigte ursprünglich eine zweigeteilte Gegenreaktion an, wobei die Vergeltungszollpakete am 1. und 13. April in Kraft treten sollten. Um mehr Zeit für Verhandlungen zu gewinnen, kündigte die EU an, alle Gegenmaßnahmen auf den 13. April zu verschieben. Das Zollpaket betrifft US-Exporte im Wert von 26 Milliarden Euro. Kanada führte am 13. März Zölle in Höhe von 25 Prozent auf US-Produkte im Wert von 29,8 Milliarden CAD ein. Außerdem leitete Kanada ein Streitbeilegungsverfahren bei der WTO ein. Die EU hat ihreseits über den WTO-Ausschuss für Schutzmaßnahmen Konsultationen mit den USA beantragt.

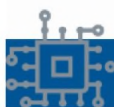
Section 232-Untersuchungen von Kupfer- und Holzimporten

Präsident Trump hat das US-Wirtschaftsministerium zu einer Überprüfung des Sicherheitsrisikos angewiesen, dem die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer Abhängigkeit von Kupfer- und Holzimporten ausgesetzt seien. Außerdem soll das Ministerium erörtern,

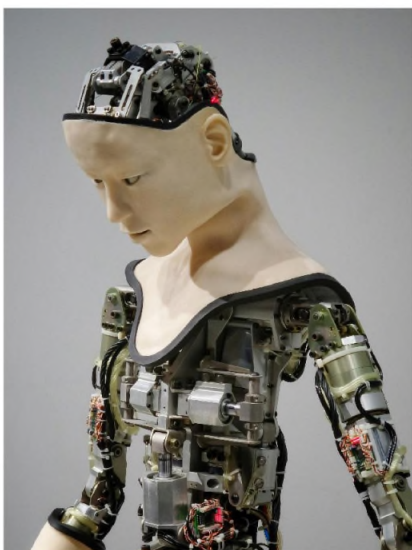
Revealed Handelsmaßnahmen die heimische Industrie schützen würden. Die Untersuchung von Kupfer umfasst Rohkupfer, raffiniertes Kupfer, Kupferkonzentrate, Kupferlegierungen, Kupferschrott und daraus hergestellte Produkte. Die Vereinigten Staaten importieren rund 45 Prozent ihres Kupfers für den Inlandsverbrauch. Die Untersuchung von Holzimporten umfasst Nutzholz, Bauholz und daraus hergestellte Produkte (Papierprodukte, Möbel, Schränke usw.). Laut der Exekutivanordnung hätten die USA die Produktionskapazität, um 95 Prozent des inländischen Weichholzverbrauchs zu decken. Allerdings seien die Vereinigten Staaten seit 2016 aufgrund von Subventionen ausländischer Regierungen und unfairen Handelspraktiken Nettoimporteur von Holz. Im Jahr 2024 waren Kanada, China, Vietnam, Brasilien, Chile, Mexiko und Deutschland die wichtigsten US-Importländer von Holz.

Zölle auf Länder, die venezolanisches Öl importieren

Präsident Trump kündigte einen 25-prozentigen Zoll auf Exporte aus Drittländern an, die Öl aus Venezuela importieren. Die Maßnahme wird mit dem *International Emergency Economic Powers Act* (IEEPA) begründet, um sogenannten transnationalen kriminellen Bedrohungen wie der Tren de Aragua-Bande und der Migrationskrise (verursacht durch die humanitäre Krise, die das Regime von Präsident Nicolás Maduro ausgelöst habe) entgegenzutreten. Der Zoll gilt unabhängig davon, ob Länder venezolanisches Öl direkt oder über Dritte importieren. Der Strafzoll kann mindestens ein Jahr nach der Einstellung des Imports venezolanischen Öls aufgehoben werden. Ausnahmeregelungen mit einer Verkürzung dieses Einstellungszeitraums sind möglich, wenn das Wirtschaftsministerium dies für angemessen hält. China war 2024 der größte Abnehmer venezolanischen Öls, gefolgt von den Vereinigten Staaten selbst. Auch Indien, Spanien und Italien importieren venezolanisches Rohöl. Dem US-Ölkonzern Chevron, der an fünf On- und Offshore-Projekten in Venezuela beteiligt ist, wird eine Verlängerung bis zum 27. Mai gewährt, um diese herunterzufahren. (sh)



Digital



Wirtschaft nimmt Stellung zum KI-Aktionsplan der Trump-Administration

Fast 9.000 Kommentare zu KI-Standards sind nach einem Aufruf des *Office of Science and Technology Policy* (OSTP) des Weißen Hauses eingegangen. Eine der Prioritäten der KI-Entwickler ist die Einführung eines risikobasierten KI-Standards auf Bundesebene, der bundesstaatlichen Regelungen zuvorkommen würde. Unternehmen und Industrieverbände betonen unter anderem die Wichtigkeit von vereinfachten Genehmigungsverfahren, Initiativen zur Schulung von Arbeitskräften und F&E-Anreize. Der rasche Bau neuer Stromerzeugungsanlagen und die Verbesserung des Stromnetzes, um den Energiebedarf von Rechenzentren zu decken, waren ebenfalls eine allgemein geteilte Priorität. Der *Information Technology Industry Council* bezeichnete die Zusammenarbeit zwischen der Industrie und dem *National Institute of*

Standards and Technology (NIST) und US-Bundesforschungszentren wie dem *National AI Research Resource* (NAIRR) als entscheidend für die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz. Außerdem forderte der ITI die Regierung auf, mit internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um interoperable KI-Governance-Ansätze zu schaffen.

Senat bestätigt Trumps BIS-Kandidaten

Jeffrey Kessler wurde mit 54 zu 45 Stimmen als *Under Secretary of Commerce for Industry and Security* bestätigt. Senatorin Elissa Slotkin (D-Michigan) stimmte zusammen mit allen republikanischen Senatoren für die Bestätigung Kesslers. In seiner neuen Funktion wird Kessler das *Bureau of Industry and Security* (BIS) innerhalb des US-Wirtschaftsministeriums leiten und eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der US-Exportkontrollpolitik spielen. Bei seiner Nominierungsanhörung wies Kessler auf die jüngsten technologischen Fortschritte Chinas und die Notwendigkeit strenger US-

Rechtliche Ausfuhrkontrollen hin. Der wachsende Zuständigkeitsbereich des BIS hat gleichzeitig begrenzten Ressourcen gebe laut Kessler Anlass zur Sorge über die Durchsetzung von Exportkontrollen. Er wies auch darauf hin, dass komplexe Vorschriften eine Wettbewerbsbelastung für US-amerikanische Unternehmen darstellten. Kessler diente in der ersten Trump-Regierung als *Assistant Secretary of Commerce for Enforcement and Compliance*. Außerhalb des Regierungsdienstes war er als Anwalt im Bereich des internationalen Handelsrechts tätig und vertrat unter anderem Mandanten, die eine Überarbeitung der Exportkontrollen für KI-Technologien aus der Biden-Ära forderten.

BIS erweitert Entity List im Bereich KI und Supercomputing

Das *Bureau of Industry and Security* hat die sogenannte *Entity List* um 80 neue Organisationen aus China, Taiwan, Iran, Südafrika, den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Ländern ergänzt. Die meisten der genannten Entitäten sind im KI-, Supercomputing oder Quantenbereich tätig. Andere entwickeln Luft- und Raumfahrttechnologien für militärische Anwendungen in China und Iran. Ziel ist die Verhinderung des Zugriffs von US-Rivalen auf Technologien der USA und anderer westlicher Länder durch Lizenzanforderungen. (jm)



Energie

EPA startet Deregulierungsagenda für Energie, Klima und Umwelt

Die US-Umweltschutzbehörde (EPA) veröffentlichte eine *Liste* mit 31 Maßnahmen, um Präsident Trumps Exekutivanordnungen zur „Entfesselung“ US-amerikanischer Energie zu erfüllen. Einer der folgenreichsten Schritte könnte die *Überprüfung* des Endangerment Finding von 2009 werden, welches der Behörde erstmals weitreichende Befugnisse zur Regulierung von Treibhausgasen im Rahmen des *Clean Air Act* verlieh. Dies ist die Rechtsgrundlage für die meisten Maßnahmen der EPA zur Regulierung von Treibhausgasen.



Im Energiesektor umfasst die Überprüfung unter anderem folgende Themen: Kraftwerksemissionsgrenzwerte (insbesondere zum Thema Kohle), das Programm zur Berichterstattung über Treibhausgase, Normen für Dampfmaschinen, Normen und Abwasservorschriften für die Öl- und Gasindustrie und die Regel zum Risikomanagement für sogenannte Hochrisiko-Raffinerien und chemische Anlagen.

Zum Thema Luftqualität will die EPA unter anderem alle Treibhausgasvorschriften für Fahrzeuge, die Luftqualitätsgrenzwerte für Feinstaub (PM 2,5) und die Emissionsgrenzwerte für gefährliche Luftschadstoffe überdenken sowie das Regional Haze Program umstrukturieren. Die EPA möchte auch den wissenschaftlichen Beirat (SAB) und den wissenschaftlichen Beratungsausschuss für saubere Luft (CASAC) neu konstituieren.

Die Behörde strebt auch eine Überarbeitung des *Social Cost of Carbon*-Modell aus der Biden-Ära an und ist dabei, alle Programme zu Environmental Justice und Vielfalt, Gleichheit und Inklusion (DEI) bei der EPA sowie alle diesbezüglichen Durchsetzungsmaßnahmen zu beenden.

Notfallbefugnisse zur Steigerung der Produktion von Mineralien und Derivaten

Die Trump-Administration wies in einer *Exekutivanordnung* (EO) die Regierungsbehörden an, durch verkürzte Genehmigungsverfahren und neue Finanzierungsmöglichkeiten die Produktion von kritischen Mineralien in den USA zu fördern. Unter anderem soll Title III des *Defense Production Act* (DPA) wieder in Kraft gesetzt werden, um kritische Projekte zu finanzieren und die Genehmigungsverfahren für Bergbau und Verarbeitung zu straffen. Jedoch sind unter dem DPA derzeit nur noch circa eine Milliarde US-Dollar verfügbar. Auch bestehende Gelder in der Export-Import Bank sind für Projekte gedeckelt.

Rechnungswesen) Interesse dies zu ändern. Darüber hinaus überträgt die EO der U.S. International Development Finance Corporation (DFC) Darlehensbefugnisse für die Finanzierung von Bergbauprojekten.

Der Nationale Rat für Energiedominanz wird eine Liste an US-Mineralienprojekten prüfen, um vorrangige Projekte zu ermitteln, für die beschleunigte oder sofortige Genehmigungen erteilt werden können. Die EO deckt mehr Mineralien ab als die übliche Liste des U.S. Geological Survey. Auch enthalten sind demnach Uran, Kupfer, Kalisalz und Gold – Bereiche, in denen die USA stark von kanadischen und russischen Importen abhängig sind.

Die EO bezieht auch abgeleitete Produkte („alle Waren, die verarbeitete Mineralien als Input enthalten“) mit ein, z. B. Batteriepulver, Wafer, Anoden und Kathoden, aber auch Fertigprodukte wie Elektrofahrzeuge, E-Motoren, Permanentmagnete, Smartphones, optische Geräte oder Windturbinen. Der Erlass weist den Innenminister Doug Burgum an, bei der Vergabe oder Pacht von Bundesländereien dem Bergbau Vorrang vor anderen Nutzungsarten zu geben.

Kongress hebt Bepreisung von Methanemissionen auf

Eine *Congressional Review Act-Resolution* (CRA) hebt die von der EPA erhobene Gebühr für Methanemissionen aus der Öl- und Gasindustrie auf. Nach der Verabschiedung im Repräsentantenhaus wurde die CRA-Resolution auch im Senat mit 52:47 Stimmen parteiübergreifend angenommen und von Präsident Trump unterzeichnet. Sie ist die erste ihrer Art, die der Kongress im Jahr 2025 verabschiedet hat. CRA-Resolutionen können im Senat mit 50 Stimmen verabschiedet werden und heben neuere Regulierungen der Administration bis zu 60 Sitzungstage nach ihrer Vorlage auf. Dieses Verfahren lässt sich auch nutzen, um die Regulierungsverfahren aus den letzten Tagen einer Vorgängerregierung zu streichen.

Die CRA-Resolution macht die endgültige Regel zur Methanbepreisung aus Bidens Amtszeit rückgängig. Da die Methangebühr aber im Rahmen des *Inflation Reduction Act* eingeführt wurde, muss der Kongress zusätzlich noch das unterliegende Statut aufheben. Die Gebühr sieht Zahlungen in Millionenhöhe für Methanemissionen vor, die erhoben wird bis Öl- und Gasunternehmen die geltenden EPA-Emissionsgrenzwerte erfüllen. (pm)



Ergebnisse der GABO Umfrage in Washington vorgestellt

Anfang des Monats wurden in Washington, DC die Ergebnisse der aktuellen Umfrage *German American Business Outlook* (GABO) vorgestellt. Neben Dr. Christoph Schemionek, Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Washington, gab Verena Bitter, Policy Advisor der Commerzbank, einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der USA.

Für die GABO-Umfrage werden jedes Jahr deutsche Unternehmen in den USA nach ihren Marktperspektiven befragt. Trotz der unsicheren politischen Lage sehen sie ihre Aussichten weiterhin positiv. 88 Prozent der befragten Unternehmen planen dieses Jahr Neuanstellungen und 84 Prozent planen neue Investitionen in ihr US-Geschäft. Allerdings sorgen sich Dreiviertel der befragten Unternehmen um die Auswirkungen geplanter Einfuhrzölle und 93 Prozent klagen über den Fachkräftemangel in den USA. Alle Ergebnisse der GABO-Umfrage finden Sie hier. (srs)



Impressum

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

Representative of German Industry & Trade (RGIT) | 1130 Connecticut Ave NW Suite 1200
| Washington , DC 20036 US

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenschinweis](#)



Try email marketing for free today!

Washington News

Handel | Digital | Energie

Juli 2025



Im Fokus



Im Fokus: Haushaltsdebatten im US-Kongress

Präsident Trump hat das seit Januar debattierte republikanische Fiskalpaket verabschiedet. Das neue Gesetz verlängert die Steuersenkungen des *Tax Cuts and Jobs Act* von 2017, lässt viele der IRA-Steuerzuschüsse für Erneuerbare Energien und grüne Technologien auslaufen und enthält großzügige Steueranreize für F&E-Aktivitäten in den USA. Trinkgelder und Überstundenvergütungen werden nun teilweise nicht mehr versteuert und Sozialprogramme wie

die Sozialversicherung Medicaid gekürzt. Hingegen werden neue Mittel zur Grenzsicherung und für das US-Militär bereitgestellt. Schätzungen des unparteilichen *Congressional Budget Office* (CBO) zufolge erhöht der Gesetzentwurf die Schulden der USA bis 2034 um 3,4 Billionen US-Dollar. Die Republikaner im Kongress hatten wiederholt betont, die Schätzungen seien überzogen.

Als nächstes nimmt der Kongress die Debatte über weitere Finanzierungsgesetze für die verschiedenen US-Bundesministerien und Behörden auf. Die ersten zuständigen Ausschüsse haben ihre Gesetzentwürfe bereits eingereicht, die später im Plenum zur Abstimmung kommen sollen. Vorgesehen sind weitere Kürzungen in Bereichen, die nicht sicherheits- oder einwanderungspolitisch relevant sind. Unklar ist, ob der Kongress ein neues Haushaltsgesetz vor dem Ende des laufenden Fiskaljahres am 30. September verabschieden kann. Durch die Sommerpause im August bleiben nur fünf Sitzungswochen für die komplexen Verhandlungen.

Falls sich der Kongress nicht vor dem 30. September auf ein neues Haushaltsgesetz einigen kann, muss er wieder eine sogenannte *Continuing Resolution* verabschieden, um den laufenden Haushalt zu verlängern. Solche Haushaltsverlängerungen sind unter den Republikanern unbeliebt. Derzeit wollen viele Demokraten ihren Missmut über die rechtlich umstrittenen Kürzungen der Belegschaften in vielen Ministerien zeigen. Sollte es bis Ende September keine Mehrheit für eine Haushaltsverlängerung geben, droht wieder ein *government shutdown* in Washington. (jm)



Handel

Aussetzung der reziproken Zölle bis zum 1.

Per Dekret hat Präsident Trump eine neue Frist für den Abschluss der Verhandlungen im Handelsbereich bis zum 1. August festgelegt. Ursprünglich sollte die 90-tägige Aussetzung der länderspezifischen reziproken Zölle, während der ein Zollsatz von 10 Prozent gilt, am 9. Juli auslaufen.



Die neuen Zollsätze kommunizierte Trump in Form von Briefen auf seiner Social-Media-Plattform Truth Social an über 20 Handelspartner der USA. Einige der neuen Zölle weichen von den Anfang April angekündigten reziproken Zöllen ab.

Güter aus der Europäischen Union sollen ab August mit Zöllen von 30 Prozent, Japan und Südkorea von 25 Prozent belegt werden. Gegenzölle würden mit zusätzlichen Zöllen in gleicher Höhe geahndet, drohte Trump. Die Europäische Union erklärte, sie werde die Aussetzung ihrer Gegenmaßnahmen zu den US-Zöllen bis Anfang August verlängern und die Verhandlungen fortsetzen.

In einem Brief an den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva rechtfertigte Trump einen Zollsatz von 50 Prozent unter anderem mit Brasiliens vermeintlichen Angriffen auf die Meinungsfreiheit und freie Wahlen. Den Prozess gegen den ehemaligen brasilianischen Präsidenten und Vertrauten Trumps Jair Bolsonaro bezeichnete er als „Hexenjagd“. Außerdem führte er das Handelsdefizit aufgrund der Praktiken Brasiliens an, obwohl die USA seit 2008 jedes Jahr einen Handelsüberschuss mit Brasilien erzielen.

Handelsvereinbarungen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich

Nach einer Einigung auf unverbindliche General Terms im Mai, haben die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich nun ein gemeinsames Handelsabkommen unterzeichnet. Das dazugehörige Dekret erlaubt die Einfuhr von 100.000 britischen Automobilen zu einem Zollsatz von 10 Prozent. Alle weiteren Automobilimporte unterliegen einem Zollsatz von 27,5 Prozent (25 % gemäß der Proklamation 10908 vom 26. März 2025 plus 2,5 % MFN-Satz). Des Weiteren sind britische Luft- und Raumfahrtexporte, die unter die Vereinbarung der Welthandelsorganisation bzgl. des Handels mit zivilen Flugzeugen fallen, von den zusätzlichen gegenseitigen Zöllen auf Stahl und Aluminium ausgenommen. Die USA beabsichtigen zwar, eine zollfreie Quote (TRQ) für Stahl- und Aluminiumimporte aus dem Vereinigten Königreich zu vereinbaren, allerdings wurde das Datum nicht in der Vereinbarung festgelegt. Zuvor muss das Vereinigte Königreich die Sicherheit der Stahlversorgungsketten und Produktionsanlagen nachweisen.

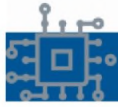
In der Ankündigung der Erhöhung von Stahl- und Aluminiumzöllen auf 50 Prozent am 3. Juni wies Trump seinen Wirtschaftsminister zum Umgang mit Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich an. So sollten Stahl- und Aluminiumzölle für Importe aus dem Vereinigten Königreich bis mindestens 9. Juli bei 25 Prozent bleiben. Ab oder nach dem 9. Juli können die geltenden Zollsätze angepasst und Einfuhrquoten für Stahl und Aluminium festgelegt oder die geltenden Zollsätze auf 50 Prozent erhöht werden. Zurzeit liegen keine weiteren Details zur Entwicklung der Stahl- und Aluminiumimporte aus dem UK vor. Weiter besteht bleibt der reziproke Zollsatz von 10 Prozent auf britische Waren, die in die USA importiert werden. Das Vereinigte Königreich bestätigte Pläne für ein Gesetz zur Einführung einer zollfreien Quote für 13.000 Tonnen US-Rindfleisch. Aufgehoben würde damit ein 20-prozentiger Zoll auf US-Rindfleisch im Rahmen der derzeitigen WTO -Quote von 1.000 Tonnen pro Jahr, die sich die USA und Kanada teilen. Das Vereinigte Königreich plant außerdem die Einführung einer Gesetzgebung für eine präferenzielle zollfreie Quote für US-Ethanol. Die USA und das Vereinigte Königreich planen Verhandlungen über eine Präferenzbehandlung für pharmazeutische Produkte sowie für andere Sektoren, die künftigen Untersuchungen gemäß Section 232 unterliegen.

DOC veröffentlicht Verfahren zur Verwaltung von Zollausgleichszahlungen für Automobilhersteller

Im April hatte Präsident Trump die Senkung einiger Section 232 Zölle in Form von Gutschriften für importierte Automobilteile angekündigt, die in den USA endmontiert werden. Zur Qualifizierung müssten die Hersteller (1) ihre Produktionsprognosen, (2) den

Relevanter ist in den USA hergestellten Fahrzeuge, (3) eine Prognose zu den gemäß Section 232 anfallenden Zöllen, (4) den beantragten Ausgleichsbetrag und (5) eine Liste der registrierten Importeure vorlegen.

Der Ausgleichsbetrag für die Einfuhranpassung beträgt vom 3. April 2025 bis zum 30. April 2026 3,75 Prozent des Listenpreises, sinkt ab dem 1. Mai 2026 bis zum 30. April 2027 auf 2,5 Prozent und läuft danach vollständig aus. (sh)



Digital



Nvidia meldet Lockerung der US-Ausfuhrkontrollen von Halbleitern

Laut des US-Chipherstellers Nvidia sollen Exporte des Hochleistungschips H20 nach China zukünftig wieder erlaubt sein. Die Lockerung der mehrmals verschärften Ausfuhrkontrollen auf Spitzenhalbleiter sei Teil der US-China Verhandlungen über Exportbeschränkungen in mehreren Bereichen unter anderen Seltene Erden und Flugzeugteile. Weitere Details zu den Bedingungen der

US-China Vereinbarung sind noch nicht veröffentlicht.

US-Streitkräfte sollen Nutzung von KI und Zukunftstechnologien ausbauen

Die Ausschüsse für US-Streitkräfte des Repräsentantenhauses und des Senats haben ihre jeweiligen Vorlagen zum *National Defense Authorization Act* (NDAA) veröffentlicht. Darin werden die Finanzierung und die Richtlinien für US-Verteidigungsprogramme festgelegt. Die Gesetzesentwürfe beider Kammern sehen einen Ausbau des Einsatzes und der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz vor, sowohl in der internen Verwaltung des US-Verteidigungsministeriums als auch im Rahmen der Kriegsführung und der Cybersicherheit vor. Um den wirtschaftlichen Wettbewerb zu synchronisieren, wird im Gesetzesentwurf des Senats die Schaffung einer dem Stellvertretenden Verteidigungsminister unterstehenden Einheit zur wirtschaftlichen Verteidigung angeordnet.

Weiter solle das Verteidigungsministerium, wenn möglich, auf kommerziell erhältliche Produkte zurückzugreifen, um die Kosten für Entwicklung zu senken. Die Version des Senats würde auch einen neuen stellvertretenden Verteidigungsminister für internationale Rüstungskoperationen einrichten, um die Bemühungen um die Integration der Verteidigungsindustrie mit den Verbündeten zu überwachen. Die Vorlage des Senats wurde mit einer parteiübergreifenden Mehrheit angenommen. Über die Version des Repräsentantenhauses soll in den kommenden Tagen abgestimmt werden.

DOC kündigt Section-232 Untersuchungen zu Drohnen und Polysilizium an

Das *Bureau of Industry and Security* (BIS) des US-Wirtschaftsministeriums bittet um öffentliche Kommentare zu den angekündigten Section-232 Untersuchungen von ausländischen Drohnen und Polysilizium. Dabei sollen die Auswirkungen von Importen solcher Drohnen, deren Komponenten sowie der Nutzung von Polysilizium untersucht werden. Unternehmen und Experten sollen die Nachfrage für Drohnen und Polysilizium in den kommenden Jahren prognostizieren und erklären, ob sie den Ausbau der US-Produktion in diesen Bereichen für realistisch halten. Außerdem sollen mögliche Risiken und Abhängigkeiten von unzuverlässigen oder rücksichtslosen Handelspartnern dargelegt werden. Die Kommentierungsfrist ist der 6. August. (jm)



Energie

Rücknahmen und Kürzungen beim Inflation Reduction Act

Nach langem Ringen innerhalb der republikanischen Mehrheit hat der US-Kongress

Received by NSD/TARA Registration Unit 07/28/2025 11:24:04 AM

Beautiful Bill Act" oder P.R. 1. verabschiedet. Mit dem Steuer- und Ausgabengesetz werden zentrale energie- und klimapolitische Prioritäten aus der Biden-Administration aufgehoben oder angepasst. Es gibt maßgebliche Änderungen und Kürzungen beim IRA. Gestrichen wurden sämtliche Steuergutschriften für E-Fahrzeuge (Steuergutschriften 30D, 45W und 25E) sowie für den Bau von Ladesäulen (30C, ab Juli 2026) und Anreize für Elektrifizierung und Dekarbonisierung für kommerziell genutzte Gebäude (179D, ab Juli 2026) und Eigenheime (25C, 25D, 45L). Die Steuergutschrift für die Produktion von sauberem Wasserstoff (45V) wurde gekürzt und ist künftig lediglich für Projekte erhältlich, deren Bau vor Ende 2027 beginnt.



Die Investitions- und Produktionssteuergutschriften für sauberen Strom (45Y und 48E) wurden modifiziert. So sind Wind- und Solarenergieprojekte, die nach 2027 in Betrieb genommen werden, nicht mehr förderfähig, wohingegen Grundlastkraftwerke (Atomkraft, Wasserkraft, Geothermie, Batteriespeicher, Wasserstoffkraftwerke) bis 2032 weiter voll förderfähig bleiben. Danach werden die Förderhöhen jährlich schrittweise bis 2035 reduziert. Die Gutschriften für CCS/U (45Q), Atomenergie (45U) und alternative, saubere Treibstoffe (45Z, außer Wasserstoff) bleiben überwiegend unverändert. Die Steuergutschrift 45X für die Produktion von Clean Tech Gütern in den USA gilt ab Ende 2027 nicht mehr für Windkraftkomponenten. Ein großer Teil der verbleibenden Gutschriften obliegt restriktiven Bedingungen hinsichtlich der Kooperation mit und der Nutzung von Komponenten aus „bedenklichen ausländischen Unternehmen“ (FEOC). Darunter fallen Unternehmen aus China, Russland, Nordkorea und dem Iran. Laut US-Branchen- und Unternehmensverbänden aus dem Stromsektor seien die Bedingungen aktuell kaum erfüllbar, auch wenn inländische Hersteller teilweise profitieren könnten.

Neue Anreize für Öl- und Gasförderung

Das neue Gesetz gestattet der Öl- und Gasindustrie immaterielle Bohr- und Erschließungskosten bei der Berechnung des bereinigten Gewinns in der Bilanz zu berücksichtigen. Darüber hinaus wurden Einkünfte aus Wasserstoffspeicherung, Kohlenstoffabscheidung, fortschrittlicher Atomenergie, Wasserkraft und Geothermie zu den anrechenbaren Einkünften für öffentlich-gehandelte Partnerships hinzugefügt. Das Gesetz streicht auch Finanzmittel wie Zuschüsse und Programme (hauptsächlich jene aus dem IRA), zum Beispiel den Fonds zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen (GHGRF) und Mittel für den Kauf sauberer schwerer Nutzfahrzeuge.

Nachdem die US-Umweltschutzbehörde EPA bereits die Ausarbeitung der Bepreisung von Methanemissionen in der Öl- und Gasförderung ausgesetzt hatte, verschiebt das Gesetz nun den Start der Bepreisung von Methanemissionen um 10 Jahre bis 2032. Das Gesetz nahm auch Sonderzahlungen für die Nutzung von öffentlichen Ländereien für die Öl- und Gasförderung zurück und sieht vierteljährliche verpflichtende Auktionen neuer Bohrlizenzen vor.

10 US-Staaten aktualisieren sinkende Obergrenze für Kohlenstoffemissionen

Die 10 Teilnehmerstaaten der *Regional Greenhouse Gas Initiative* (RGGI) haben sich nach vierjährigen Verhandlungen auf eine Aktualisierung des regionalen Cap-and-Trade Programms geeinigt. Die dritte Aktualisierung der RGGI sieht vor, die Obergrenze für Kohlenstoffemissionen aus Kraftwerken bis 2037 um mindestens 60 Prozent zu senken (verglichen mit dem Stand von 2005). Die Anzahl versteigert Zertifikate soll von 2027 bis 2037 von Jahr zu Jahr gesenkt werden, im Idealfall um insgesamt 87 Prozent. Sowohl die Mindestpreisuntergrenze als auch der Mechanismus der Kostendämpfungsreserve wurden beibehalten. Letzteres ist ein Instrument, mit dem sichergestellt wird, dass zusätzliche Zertifikate vergeben werden, wenn die Preise über ein bestimmtes Niveau steigen. Dies könnte dazu führen, dass die Reduzierung bis 2037 eher bei 74 oder 60 Prozent liegt. Nach dem RGGI-Modell belaufen sich die voraussichtlichen Kosten für die Verbraucher auf weniger als einen Prozent ihrer Stromrechnung. Die Staaten müssen nun die neuen Vorschriften der RGGI übernehmen. Je nach Staat erfordert dies eine Aktualisierung der Vorschriften oder neue Gesetze.

Am RGGI beteiligen sich folgende Staaten: Connecticut, Delaware, Maine, Maryland, Massachusetts, New Hampshire, New Jersey, New York, Rhode Island und Vermont.



ICYMI



Dr. Helena Melnikov zu Besuch in Washington

Ende Juni besuchte die neue DIHK Hauptgeschäftsführerin Dr. Helena Melnikov New York und Washington, DC. Begleitet wurde sie von einer Delegation von zehn IHK-Geschäftsführern.

In Washington traf sich die Delegation mit Vertretern der Deutschen Botschaft, des US-Kongresses, des US-Wirtschaftsministeriums, der US-Chamber of Commerce, des Büros des US-

Handelsbeauftragten, des *White House Council of Economic Advisors* und der Delegation der Europäischen Union. Bei den Gesprächen standen vor allem die aktuelle Wirtschaftspolitik der USA im Fokus und ihre Auswirkungen auf Handel und ausländischen Direktinvestitionen.

Die Teilnehmer diskutierten den Status Quo der EU US Verhandlungen, besonders in Hinblick auf potenzielle Industriegütervereinbarungen. Bekräftigt wurde, dass die Prioritäten der deutschen Industrie mit denen der USA übereinstimmen. Außerdem wurde der Wert der transatlantischen Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft unterstrichen. (srs)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the German Chamber of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

[For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com](http://www.germanbusinessusa.com)

Follow us on LinkedIn!

[Aus Mailingliste austragen](#) | [Constant Contact Datenhinweis](#)



Try email marketing for free today!